

M 12565

Dr. Bernt Glatzer

An das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz
Herrn Hehner, Vorsitzender Richter am OVG
Deinhardplatz 4
56068 Koblenz

Schriesheim, den 31. Januar 2008

Aktenzeichen: 6 A 10748/07.OVG

Gutachterliche Stellungnahme

zum Verwaltungsrechtsstreit

... Bundesrepublik Deutschland wegen Asylrechts (Afghanistan)

IHRE FRAGE Nr. 1:

„Welche Erwerbsmöglichkeiten haben alleinstehende, arbeitsfähige, männliche afghanische Staatsangehörige, die unfreiwillig aus Deutschland nach Kabul zurückkehren und dort nicht mit der Hilfe von Verwandten oder Bekannten bei ihrer (Wieder-)Eingliederung rechnen können?“

ANTWORT:

Legale Erwerbsmöglichkeiten sind für die genannten Personengruppen – wenn man die Faktoren Zufall oder Glück außer Acht lässt, kaum gegeben, es sei denn, die Personen verfügen über besondere professionelle Qualifikationen.

BEGRÜNDUNG:

Seit 2001 sind ca. 4 Mio afghanische Flüchtlinge in die Heimat zurückgekehrt, die meisten freiwillig und unterstützt von Rückkehrprogrammen des UNHCR. Von der Gesamtzahl der Rückkehrer werden 7 % als in ihrer Existenz gefährdet (*'vulnerable'*) eingestuft. In einer von der ILO und dem UNHCR in Auftrag gegebenen Studie werden unter den Faktoren, die zu der Einstufung *'vulnerable'* führten, an erster Stelle „deported“ also „abgeschoben“ genannt¹

In der Tat werden abgeschobene Rückkehrer in Afghanistan nicht mit offenen Armen erwartet, besonders wenn sie als unqualifizierte Arbeitskräfte den nicht mehr aufnahmefähigen Arbeitsmarkt zusätzlich belasten. Nach UN-Angaben aus dem Jahr 2007 sind 33% der arbeitsfähigen Bevölkerung Afghanistans arbeitslos. Von den restlichen 67%, also von denen, die „Arbeit“ haben, erzielen nur 13,5 % regelmäßige

¹ Integration of Returnees in the Afghan Labor Market. Altai Consulting, Commissioned by International Labour Office and UNHCR. Oct. 2006 (106 S.), S. 7.

Einkünfte von ihrer Arbeit.² Das bedeutet, dass Afghanistan faktisch unter einer offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit von ca. 65 % der arbeitsfähigen Bevölkerung leidet.

Der legale Sektor der afghanischen Wirtschaft erfreut sich seit 2002 zwar erheblicher Wachstumsraten, in manchen Jahren sogar zweistellig, dies hat sich aber leider bisher nicht positiv auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen, zumindest nicht auf den für ungelernete Kräfte, wie eine Studie des Centers for Strategic and International Studies (CSIS) 2007 feststellt.³ Während Ingenieure, Finanz- und Verwaltungsfachleute mit internationalen Stellenausschreibungen gesucht werden und die „*head hunters*“ der internationalen Organisationen sich qualifizierte Afghanen gegenseitig wegschnappen, stagniert der Bedarf an ungelerten Arbeitern, und geht wegen der sich verschlechternden Sicherheitslage eher zurück. Schon 2006 konstatierte der Kabuler Vize-Wirtschaftsminister Nazir Ahmad Shahidi, dass Die Arbeitslosigkeit im Lande zunehme.⁴ Mir sind keine Anzeichen bekannt, dass dieser Trend seither gestoppt ist.

Für ungelernete Arbeiter war der Bauboom in Kabul (zum großen Teil aus Drogengeldern finanziert) die Hauptgelegenheit, Arbeit zu finden. Dies lockte auch viele Arbeitslose aus den Hinterland nach Kabul oder Herat. Bauarbeiter erhalten weder Arbeitsverträge, noch Sozialleistungen, sondern werden auf Tagesbasis angeheuert, d.h. der Bauunternehmer stellt Vorarbeiter ein, die ihre Arbeiter entweder morgens aus dem Bazar zusammensuchen oder aus ihren Dörfern oder Clans mitbringen. Wird ein Arbeiter krank, hat sein Vorarbeiter noch am selben Tag für Ersatz zu sorgen.

Verschärfend wirkt sich auf den Arbeitsmarkt aus, dass seit 2006 die Investitionen um 50 % gefallen sind, wie die amtliche Afghanistan Investment Support Agency (AISA) vor wenigen Tagen berichtet hat.⁵ Als einer der Hauptgründe wird die physische Unsicherheit im Lande angeführt.

Der Terrorüberfall auf das Serena-Hotel vom 14. Januar 2008 hat, wie ich erfahren habe, die Investoren in Kabul weiter verunsichert. Ich sehe z. Zt. keine Anzeichen dafür, dass sich die Sicherheitslage in absehbarer Zeit so weit verbessert, dass die Bautätigkeit und die Aktivitäten in anderen arbeitsintensiven Sektoren ihre Fortsetzung im bisherigen Umfang finden. Hinzu kommt, dass schon seit Monaten die Immobilienpreise sinken, was auf eine Sättigung des Immobilienmarktes schließen lässt. Selbst in Boomzeiten gibt es aber sehr viel mehr Arbeitswillige als Arbeitsplätze, um die hart und rücksichtslos gekämpft wird. Im Vorteil ist meist der, der verwandtschaftliche oder wenigstens ethnische oder lokale Beziehungen zum Arbeitgeber bzw. Vorarbeiter hat.

Wer im Handel – auch im Kleinhandel – Fuß fassen will, benötigt neben kaufmännischen Kenntnissen erhebliches Kapital, Kredite erhält nur, wer als Geschäftsmann schon gut eingeführt ist, Sicherheiten vorweisen kann oder wenigstens eine zahlungskräftige Verwandtschaft im Hintergrund hat.

2 Breaking Point: Measuring Progress in Afghanistan. Center for Strategic and International Studies (CSIS), 2007 (118 Seiten), S. 57 (<http://www.csis.org/breakingpoint>)

3 *ibid.* S. 55

4 Jobless Face Grim Future. By H. Hafizullah Gardesh, Institute of War and Peace Reporting 13. Juli 2006 (www.iwpr.net/?p=arr&s=f&o=322263&apc_state=henh)

5 Pajwok Afghan News 28. Jan. 2008 (www.pajhwok.com/viewstory.asp?lng=eng&id=49222)

Traditionelle Handwerksberufe sind stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Quereinstieg gelingt nur selten, es sei denn, der betreffende Handwerkszweig leidet unter Nachwuchs- und Arbeitskräftemangel, was z. Zt. aber kaum der Fall ist. Moderne Handwerkszweige wie Automechaniker, Heizungsmonteure, Maschinenschlosser, Elektro- und IT-Techniker sind weniger exklusiv, benötigen aber umfangreiche Fachausbildung und meist auch Eigenkapital.

Gefragt sind auch qualifizierte Softwarefachleute: Programmierer, Netzwerk-administratoren, Webdesigner, sowie Computertrainer und -Berater.

In den letzten Jahren gab es gute Beschäftigungsmöglichkeiten für Dari-Englisch und Paschtu-Englisch-Dolmetscher oder Sprachmittler. Deutschkenntnisse sind selbst bei deutschen Organisationen weniger nachgefragt, es sei denn als Zusatzqualifikation zu Englisch, denn Englisch ist das Kommunikationsmedium bei allen internationalen Organisationen in Afghanistan, auch bei den deutschen. Da in den letzten Wochen und Monaten das ausländische Personal in Afghanistan aus Sicherheitsgründen deutlich reduziert wird, gibt es auch in dieser Branche inzwischen ein Überangebot an Arbeitskräften.

Wie ich aus Kreisen der GTZ höre, sind neue Büros für weitere Projekte in Nordafghanistan geplant, noch fehlen aber die ausländischen Experten. Wenn und falls diese Büros ihre Arbeit aufnehmen, werden sicher auch Verwaltungskräfte mit Computer-, Englisch- und evtl. Deutschkenntnissen eingestellt.

Bei der Bundeswehr in Nordafghanistan mögen gutausgebildete Dolmetscher bzw. Sprachmittler eine Chance haben, dazu gehören aber nicht Leute, die sich bei ihrem Deutschlandaufenthalt nur einige Zufallsbrocken Deutsch angeeignet haben.

Der für gering- oder nicht-ausgebildete Kräfte aussichtslose Arbeitsmarkt führt dazu, dass immer mehr aktive junge Menschen in die Illegalität abgleiten:

- (1) illegale Arbeit im benachbarten Ausland (Iran und Pakistan),
- (2) Drogenanbau, -Verarbeitung und -Handel. (Ein wachsende Zahl perspektivloser junger Menschen wird auch selbst drogenabhängig und gerät zur Beschaffung in das kriminelle Milieu).
- (3) Beitritt zu kriminellen Banden (Einbrüche, Raubüberfälle, Entführungen)
- (4) Beitritt zu nicht-staatlichen und damit illegalen Milizen von Warlords und anderen Kommandanten.
- (5) Beitritt zu den bewaffneten Einheiten des antistaatlichen Widerstands, besonders der al-Qaida, der Hizb-e Islami, sowie der Taliban und ihrer Nachfolgeorganisationen.

Der schon zitierte CSIS-Report drückt dies knapp und bündig aus:

„The Taliban has become an alternative source of employment, recruiting the jobless as foot soldiers in the insurgency.“⁶

6 Breaking point ... S. 52.

Dazu der Ausspruch eines Gelegenheitsarbeiters in Kabul, dem es nur an einem Tag der Woche gelingt, Arbeit zu finden. Das Zitat bedarf keines weiteren Kommentars:

„Dieses Leben macht mich krank. Ich weiß nicht, wieviel sie einem Selbstmordattentäter zahlen, ich weiß nicht, wie ich mit den Leuten in Kontakt komme. Ich bin bereit, ein Selbstmordattentat zu begehen, weil dann wenigstens etwas Geld für meine Familie bleibt.“

(Quelle s. Fußnote 4, Übersetzung aus dem Artikel von mir).

Ihre Frage Nr. 2:

„Wie groß ist die Gefahr, dass solche Rückkehrer wegen der schlechten Versorgungs- und Erwerbsmöglichkeiten in Kabul das zum Leben Notwendige an Unterkunft und Ernährung trotz der Unterstützung humanitärer Hilfsorganisationen nicht erlangen?“

Ich schätze diese Gefahr als sehr hoch ein.

In der Tat gibt es zahlreiche Integrationsprogramme für rückkehrende Flüchtlinge und demobilisierte Angehörige von illegalen Milizen. Im Afghanistan-Update der Weltbank ist von verschiedenen Reintegrationsprogrammen mit Berufsausbildung und von Erfolgszahlen die Rede.⁷ Es wird aber nicht berichtet, ob die Erfolge solcher Maßnahmen nachhaltig sind, d.h. wieviele zurückgekehrte Flüchtlinge oder demobilisierte Milizionäre auch nach Monaten noch in den Berufen tätig sind, auf die sie vorbereitet wurden (vor allem Straßenbau), oder ob sie inzwischen Afghanistan wieder verlassen haben oder erneut illegalen Tätigkeiten nachgehen (Drogenwirtschaft, Milizien des bewaffneten Widerstands)

In ihrem jüngsten Grundsatzpapier über die Afghanistanpolitik der Bundesrepublik Deutschland vom September 2007 kündigen die vier federführenden Ministerien (AA, BMZ, BMI, BMVg) an:

„The German Government will:

- support the implementation of the returnee programme developed by the Afghan Government, thus helping the returnees to settle successfully and permanently, within the framework of its G8 financing line;*
- promote income-generating measures for returning refugees and improve the facilities in planned settlements in close cooperation with UNHCR.⁸*

Man beachte, diese Sätze stehen im Futur. Wäre die deutsche Regierung dabei jetzt schon aktiv, hätte man wohl das Präsens verwendet. Es bleibt hier also nur zu hoffen, dass diese guten Vorsätze auch implementiert werden, ein Rückkehrer, der heute Hilfe braucht, kann sich darauf wohl kaum berufen.

Auch die Unterstützung durch humanitäre Hilfsorganisationen ist trotz der großen Leistungen, die diese vollbringen, nicht verlässlich und oft auch nicht auf Nachhaltigkeit angelegt. Die Hilfsorganisationen arbeiten projektweise, d.h. ihre Hilfe ist grundsätzlich zeitlich begrenzt und von Spenden und befristeten Mittelzuweisungen durch die Geber und von der Sicherheitslage abhängig.

Praktisch bedeutet das, dass deutsche Rechtsorgane, die eine Abschiebung nach Afghanistan verfügen, sich nicht darauf verlassen können, dass der Abgeschobene in Kabul von einer Hilfsorganisation aufgefangen wird, auch wenn dies vor einigen Monaten noch der Fall war.

Ob Abgeschobene heute noch von deutschen Behördenvertretern in Kabul betreut werden, wie das in der Stellungnahme von Herrn David geschildert wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Wegen der angespannten und wechselhaften Sicherheitslage in

7 <http://siteresources.worldbank.org/AFGHANISTANEXTN/Resources/305984-1171214014238/3439707-1199409452789/AFUupdateJAN08.pdf>

8 http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/taender/AFGKonzept2007Englischfinal.pdf

Afghanistan, kann sich dies täglich ändern. Angehörige internationaler Organisationen (auch deutscher) verlassen z.Zt. kaum noch ihre Büro- und Wohngebäude und ziehen sich aus einigen Landesteilen auch ganz zurück - auch aus dem „sicheren“ Norden.

Im Übrigen stimme ich der Stellungnahme von Amnesty International an den 8. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 17. 01. 2007, den Sie mir als Anlage zugesandt haben, vollkommen zu. Seither hat sich die Lage in Afghanistan noch verschärft, sowohl was die Sicherheit für Afghanen in allen Landesteilen betrifft, als auch was die Chancen für einen Abgeschobenen angeht, ohne familiäre Unterstützung irgendwo in Afghanistan auf legale Weise zu überleben. Dies gilt auch für die nächsten beiden Fragen, deshalb kann ich mich kurz fassen.

Ihre Frage Nr. 3:

„Hängen die (Über-)Lebensmöglichkeiten in Kabul davon ab, ob der Rückkehrer aus Kabul oder einer Provinz stammt, einer bestimmten Volksgruppe (z.B. Hazaras) angehört oder eine bestimmte Aus- bzw. Vorbildung hat?“

Da Kabul eine multiethnische und kosmopolitische Handelsstadt ist, hängt das unmittelbare Überleben in Kabul nicht von der ethnischen oder lokalen Zugehörigkeit ab. Neben einigen multiethnischen Stadtvierteln gibt es für fast jede Ethnie, auch die Hazara, Wohnviertel, die von Angehörigen dieser ethnischen Gruppe jeweils dominiert werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass z. B. ein zurückgekehrter Hazara dort Wohnung und Brot findet, wenn er nicht bei Verwandten unterkommen kann, denn es stehen auch dort nirgends Wohnungen oder auch nur Schlafplätze offen. Das bedeutet nur, dass er dort nicht mit ethnisch motivierten Repressionen rechnen muss.

Bei der Arbeitsfindung spielt ethnische und lokale Zugehörigkeit durchaus eine Rolle, weil manche Berufe, z. B. die traditionellen Handwerke, gildenähnlich organisiert sind mit ethnischen Schwerpunkten, bis hin zu ethnischer oder lokaler Exklusivität. Bei anderen Berufen haben sich Netzwerke entwickelt, bei denen ethnische Zugehörigkeit ebenfalls häufig eine Rolle spielt. In diesen Fällen, bekommt nur der einen Job in dem betr. Beruf, der von diesem Netzwerk erfasst ist. Das motorisierte Transportwesen z.B. ist vorwiegend in paschtunischer Hand, ebenso der Fernhandel. Hazaras in Kabul waren traditionellerweise auf die niedrigsten Handlangertätigkeiten und die sog. „schmutzigen“ Arbeiten (Schuster, Schuhputzer etc. beschränkt, einige haben aber Bäckereiketten gebildet und sind in den Lebensmittel- und Textil-Kleinhandel aufgestiegen. In der letzteren Branche, auch im Geld- Edelstein- und Schmuck- und Elektronikhandel spielen Sikhs und Hindus eine Rolle. Leider fehlt eine systematische Untersuchung des Zusammenhangs von Ethnie und Beruf in Afghanistan.

Als Regel kann gelten, je lukrativer ein Job ist, je eher wird sein Zugang von einer exklusiven Machtgruppe kontrolliert. Unter „lukrativ“ verstehe ich hier eine Tätigkeit, von der man allein eine Familie ernähren kann.

Ihre Frage Nr. 4:

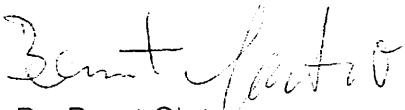
„Stellt sich die Situation für Rückkehrer in den Provinzen Afghanistans, insbesondere in den im Norden des Landes gelegenen Provinzen, günstiger dar als im Großraum Kabul?“

Nein. Die Arbeitsmarktsituation in den Provinzen ist deutlich ungünstiger als in Kabul, außerdem sind die Provinzen und ländlichen Distrikte stärker ethnisch und tribal geprägt und nehmen in der Regel keine Fremden aus anderen Landesteilen auf, es sei denn, diese bieten wirtschaftliche Vorteile für die lokale Bevölkerung.

Ausnahmen bilden Mazar-e Sharif und Kunduz. Herat weist eine vergleichsweise günstige Wirtschaftsentwicklung auf und erfährt sogar eine bescheidene Industrialisierung, es ist ethnisch ähnlich offen und kosmopolitisch orientiert wie Kabul. Die Situation für Arbeitssuchende in Herat ist aber auch nicht besser als in Kabul, es sei denn, der Arbeitssuchende hat dorthin persönliche Beziehungen. Auch Mazar-Sharif und die Stadt Kunduz sind multiethnisch, aber wirtschaftlich weit weniger leistungsfähig als Kabul und Herat und kommen daher als Alternative zur Jobsuche oder Existenzgründung kaum in Frage, es sei denn, der Betreffende besitzt besondere Fähigkeiten und Kenntnisse, die dort gefragt sind.

In der Hoffnung, dass Ihnen diese Informationen nützlich sind,

mit freundlichen Grüßen



Dr. Bernt Glatzer